

Kakao: Zu wenig, zu schlecht

Mit 110 Millionen Franken will Nestlé die Kakaoknappheit entschärfen

Wegen schlechter Ernten und einer Pilzkrankheit wird Kakao immer knapper und deshalb teurer. Zu spüren bekommen das vor allem Schokoladenproduzenten wie Nestlé.

MARTIN RUPE

Eine Million Kakao-Setzlinge sollen ab 2012 in Westafrika an Bauern verteilt und total 110 Mio. Franken in den nächsten zehn Jahren in den Kakaoanbau investiert werden. Das sind die Zahlen des kürzlich von Nestlé lancierten «Cocoa Plan». Dabei gilt das Hauptaugenmerk der Elfenbeinküste, die laut der Internationalen Kakao-Organisation (Icco) rund 40 Prozent zur weltweiten Produktion beiträgt. Letztes Jahr produzierte die Elfenbeinküste 1,2 Mio. Tonnen Kakao.

Wegen massiven Ernterückgangs und der Schwarzhülsen-Fäulnis rechnet die Icco dieses Jahr mit einem Produktionsdefizit von 73 000 Tonnen. Zudem seien viele Kakao-Sträucher überaltert und hätten schon lange durch neue ersetzt werden müssen.

«Der Plan ist nur ein Feigenblatt»

Nestlé will die Bauern deshalb mit resistenten Pflanzen versorgen und hat zu diesem Zweck in Abidjan, der grössten Stadt der Elfenbeinküste, ein Forschungszentrum eröffnet. «Damit sollen der Ertrag und die Qualität verbessert werden», sagt Nestlé-Sprecherin Nina Backes.



KAKAO Die Elfenbeinküste ist mit jährlich über 1 Million Tonnen Kakao der grösste Produzent der Welt. MAX HAVELAAR

Kritik am Nestlé-Plan äussert die Entwicklungspolitische Organisation Erklärung von Bern (EvB): «Die Kernforderung für eine faire Mindestpreis, fehlt bezeichnenderweise», sagt Andrea Hüsser von der EvB. Mit diesem Plan schlage Nestlé vielmehr ein zweites Mal Profit aus den Kakaobauern. Denn nach der jahr-

zehntelangen Preisdrückerei nutzen sie nun die daraus entstandene Not der Bauernfamilien als Marketinginstrument. «Für mich ist der Cocoa Plan nur ein Feigenblatt», so Hüsser mit deutlichen Worten.

Nestlé kontert: «Mit dem Ersatz alter und krankheitsanfälliger Pflanzen setzen wir dort an, wo wir langfristig am meisten bewirken

können», sagt Nina Backes. Dank dem besseren Ertrag und dem qualitativ besseren Kakao würde das Einkommen der Bauern angehoben, so Backes.

Fairtrade-Schoggi muss zulegen

Grundsätzlich positiv reagiert die Max-Havelaar-Stiftung. Sprecherin Vesna Stimac kritisiert aber: «Obwohl der Weltmarktpreis für Kakao zurzeit hoch ist, dringt das Geld häufig nicht bis zu den Bauern hindurch.» Eine umfassende und nachhaltige Verbesserung für die Bauern sieht Stimac erst dann, wenn ein grosser Schokoladenhersteller wie zum Beispiel Nestlé eine Fairtrade-Schokolade auf den Markt bringen würde.

Dass hier Handlungsbedarf besteht, belegen die von Max Havelaar präsentierte Zahlen. Letztes Jahr präsentierte die Schweizer Bevölkerung pro Kopf 12 Kilogramm Schokolade – lediglich 40 Gramm davon waren Fairtrade.

Weihnachts-Schoggi wird nicht teurer

Weil der Kakao immer knapper wird, ist sein Preis in den letzten Jahren stetig gestiegen. Zurzeit befindet er sich auf eine Höchststand von rund 3500 Dollar pro Tonne. Laut Daniel Bürki, Analyst bei der Zürcher Kantonalbank, habe sich der Preis in den letzten zwei Jahren nahezu verdoppelt. Hat das zur Folge, dass die Konsumenten für ihre Lieblings-Schoggi bald tiefer in die Tasche greifen müssen? Mi-

gros-Sprecherin Monika Weibel gibt Entwarnung: «Wir werden die Schokoladenpreise bis auf weiteres nicht anheben.» Weibel weist darauf hin, dass der letzte Preisanstieg bei Schokolade schon über ein Jahr zurückliege. **Coop** dagegen hat die Preise dieses Jahr «im einstelligen Prozentbereich erhöht», wie Sprecher **Nicolas Schmied** sagt. Dank Margenreduktion und Effizienzsteigerung

hätte eine noch grössere Erhöhung vermieden werden können. Auch Schmied verspricht: «Die Preise werden aufs Weihnachtsgeschäft hin nicht erhöht.» Gleich tönt es bei **Denner**. «Zurzeit zeichnen sich keine Preiserhöhungen ab», sagt Sprecherin **Anita Daeppen**. Analystin Bürki hält fest: «Es ist unmöglich, vorauszu- sehen, wohin sich der Rohstoffpreis bewegt.» (MRU)

Triba von Clientis zur Valiant-Grossfamilie

Die expansive Valiant-Regionalbankengruppe wäre bereit zur Übernahme einer grösseren Beteiligung

Die Valiant als grösste Regionalbank baut ihre Präsenz weiter aus: Mit der Luzerner Triba hat ein weiteres Clientis-Institut bei ihr angeklopft.

Die Triba Partner Bank mit Sitz in Triengen wechselt gleichsam die Grossfamilie. Sie kooperiert im operativen Geschäft mit sofortiger Wirkung mit der Valiant-Gruppe. Ende 2010 wird die Triba aus dem Vertragskonzern des Regionalbankenverbands Clientis austreten. Sie gehörte die-

sem Zusammenarbeitsverbund seit dessen Gründung im Jahr 2003 an. Triba will ihre Autonomie wahren. Doch sei «in einem zweiten Schritt» eine Beteiligung von Valiant an Triba «vorgesehen», gab Triba bekannt.

Seit 2008 Zürcher an Bord

Clientis bot der Triba Ende 2008 bei der Bewältigung eines Devisenbetrugsfalls Unterstützung. Seither ist die grösste Clientis-Bank, die Zürcher Regionalbank mit Sitz in Wetzikon, mit rund 18 Pro-

zent an der Triba beteiligt – als grösste Einzelaktionärin. Valiant sei zur Übernahme dieses Aktienpakets bereit, verfüge allerdings nicht über eine formelle Kaufoption, erläuterte Kurt Streit, Verwaltungsratspräsident der Valiant Holding. Für die Valiant stellt diese Kooperation eine nahezu ideale geografische Ergänzung dar. Nach der Bank Jura Laufen im Sommer fand mit der Triba eine weitere Clientis-Bank Anschluss bei Valiant. Für die Triba sind insbesondere die (grösseren) Refi-



TRIBA KLOPFTE AN Kurt Streit, Valiant-Präsident.

nanzierungsmöglichkeiten unter dem Valiant-Dach von Gewicht. Der Veruntreuungsfall von 2008 stehe in keinem

Zusammenhang mit dem Ausstieg bei Clientis, betonte Triba-Direktor Michel Wasem. Der Wechsel sei schlicht das Ergebnis einer neuen Lagebeurteilung. – Die Triba mit 40 Beschäftigten und 17 000 Kunden weist eine Bilanzsumme von 900 Millionen Franken auf; neben dem Sitz in Triengen unterhält sie vier Niederlassungen. Die Valiant mit 1000 Angestellten und 400 000 Kunden stemmte 2008 eine Bilanzsumme von 22 Milliarden. Sie ist in 10 Kantonen vertreten. (RM)

Gisler



MARKUS GISLER

Die Trickkiste hat ausgedient

IN DEN UNTERLAGEN zu den vorgestern vom Justizdepartement veröffentlichten Anhängen zum Abkommen über die Amtshilfe in Steuerfragen mit den USA (siehe Ausgabe vom Mittwoch) sind unter dem Titel «Lügenregebe» die Methoden nachzulesen, mit welchen die UBS die Steuerbehörden ausgetrickst hat, um ihren Kunden Steuern in den USA zu ersparen. Von präparierten Handys über falsche Telefonkarten bis zu Strohmännern und Pseudo-Darlehen ist alles in der Trickkiste enthalten. Die Auflistung wird nicht ohne Folgen bleiben. Auch wenn Staatsrechtler betonen, das Abkommen sei nicht präjudizierend und erlösche, wenn die 4450 Fälle aufgearbeitet sind, so werden andere Länder nachziehen wollen. Mit anderen Worten: Das Offshore-Banking beziehungsweise die grenzüberschreitende Vermögensverwaltung – ein Pfeiler des hiesigen Bankenplatzes – wird immer schwieriger.

WIE PROBLEMATISCH diese Beratungsform namentlich innerhalb der EU ist, zeigte sich vorgestern am Investor's Day der UBS. Über 100 Milliarden an privaten Vermögen verwaltet die UBS allein aus den umliegenden Ländern (also vor allem Deutschland, Frankreich und Italien) sowie Grossbritannien. Theoretisch ist die Beratung nur möglich, wenn der Kunde in die Schweiz kommt, ihn im Ausland zu beraten, auch telefonisch, verstösst gegen das Gesetz. Es besteht also Handlungsbedarf, denn gemäss Fachleuten sind in der Schweiz über 60 Prozent der ausländischen Vermögen nicht versteuert. Was tun, wenn eine Vermögensverwaltungsbank nicht (ausländisches) Recht brechen will? Bisher haben die Banken das Risiko in Kauf genommen. Jetzt wissen sie, dass sie ein erhebliches Risiko eingehen, wenn ihre Mitarbeiter Kunden im Ausland besuchen oder kontaktieren wollen.

DAS IST MITHIN der Grund, weshalb immer mehr Banker – etwa auch der neue Premier der Bankiervereinigung, Patrik Odier – betonen, die Banken seien an un- versteuerten Geldern nicht mehr interessiert. Fragt sich also, wie das Problem zu lösen ist. Die einfachste Abhilfe wäre ein Wechsel von off-shore zu on-shore, will heissen, Banken müssten in ihren Zielmärkten Filialen eröffnen und ihre Kunden von dort aus betreuen. Das ist erstens teuer und zweitens müssten die Kunden ihre Gelder in ihr Heimatland zurück- Annestieren und dort versteuern. Ohne Amnestie wird das kein Wunder wollen, weil er sonst gewaltige Bussen zahlen müsste.

ALS ALTERNATIVE hofft die Bankiervereinigung auf die Einführung einer Abgeltungssteuer, der die EU zustimmen müsste. In einem solchen Abkommen blieben die Kunden anonym, aber die Zielländer erhielten hohe Steuererträge. Voraussetzung wäre, dass die EU einer pauschal erhobenen Steuer zustimmen und gleichzeitig die grenzüberschreitende Beratung zulassen würde. Ob diese Abgeltungssteuer eine Chance hat, ist offen. Je nach Experte werden sie als «intakt» bis «aus-sichtslos» beurteilt.

wirtschaft@azag.ch

Nachrichten

Goldpreis weiter auf Rekordjagd

Der Goldpreis ist auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Am Mittwoch stieg der Preis für eine Feinunze (31,1 Gramm) auf bis zu 1145,95 Dollar. Damit kostete Gold so viel wie nie zuvor. Seit Wochen befindet sich der Goldpreis auf Rekordjagd. Vor einer Woche wurde erstmals die Marke von 1100 Dollar übertroffen. Seit Jahresbeginn hat sich Gold um mehr als 35 Prozent verteuert. (AP)

Cadbury Auch Ferrero macht ein Übernahmeangebot

Im Poker um den Schokoladenhersteller Cadbury finden weitere Süswarenriesen Geschmack an dem britischen Marktführer. Nachdem der US-Lebensmittelgigant Kraft Foods den Cadbury-Aktionären bereits ein feindliches Übernahmeangebot unterbreitet hatte, zeigen nun auch der US-Schokoladenproduzent Hershey und der italienische Ferrero-Konzern Interesse, sich Cadbury einzuverleiben. (DPA)

Basilea Kanada lässt Handkzem-Medikament zu

Die Biopharmafirma Basilea hat von der kanadischen Behörde die Zulassung für Toctino erhalten. Das Medikament ist in Dänemark, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien auf dem Markt und in weiteren europäischen Ländern, darunter der Schweiz, zugelassen. Toctino wird Erwachsenen mit schwerem chronischem Handkzem verabreicht, die nicht mehr auf die lokale Behandlung ansprechen. (AP)

Wohnungsmarkt Die Mieten bleiben stabil

Die Wohnungsmieten in der Schweiz sind im Oktober im Vormonatvergleich stabil geblieben. Der homegate.ch-Angebotsmietindex verharre bei 114,8 Punkten. Im Jahresvergleich beträgt der Anstieg 1,7 Prozent. Im Berichtsmonat verteuerten sich die Angebotsmieten in Basel um 0,2 Prozent, während sie in Zürich um 0,1 Prozent stiegen und in Bern um 0,1 Prozent sanken. (AP)

Xing Burda steigt beim Internet-Netzwerk ein

Der Medienkonzern Burda ist als Hauptaktionär beim Internet-Karrierenetzwerk Xing eingestiegen. Über seine Tochter Burda Digital erwarb das Unternehmen von der Cinco Capital GmbH 25,1 Prozent der Xing-Aktien, wie Hubert Burda Media am Mittwoch bekannt gab. Bei einem Preis von 36,50 Euro je Aktie betrug der Kaufpreis knapp 48,3 Millionen Euro. Die Kartellfreigabe steht noch aus. (AP)